

**Lagebericht des Amtes für Infrastruktur
– Optimierter Regiebetrieb der Stadt Eisenach –
für das Wirtschaftsjahr 2019**

Das Amt für Infrastruktur (bis 12.11.2019 Amt für Tiefbau und Grünflächen) ist ein optimierter Regiebetrieb der Stadt Eisenach und wird nach kaufmännischen Grundsätzen i.S.d. der Thüringer Eigenbetriebsverordnung (ThürEBV) geführt.

Durch die doppelte kaufmännische Buchführung, den eigenständigen Wirtschaftsplan, den Jahresabschluss und die Kostenrechnung kann der Regiebetrieb betriebswirtschaftlich effizient arbeiten. Dieses Buchungsverfahren wird der wirtschaftlichen Zielsetzung vor allem dadurch gerecht, dass die während eines Rechnungsjahres erzielten Überschüsse bzw. Fehlbeträge mit ihren Auswirkungen auf Vermögen, Schulden, Liquidität und Rentabilität des eingesetzten Kapitals betriebszweigbezogen dargestellt werden. Außerdem ermöglicht die kaufmännische Buchführung die ordnungsgemäße Erfassung und Abbildung der für das neue Umsatzsteuerrecht erforderlichen Angaben.

Aufgabe des optimierten Regiebetriebs ist die Erbringung von Leistungen für die Stadt Eisenach. Gemäß Betriebssatzung sind dies insbesondere:

- Tiefbau von Straßen, Wegen, Brücken einschließlich Stützmauern und Gewässer II. Ordnung
- Betrieb aller städtischen Friedhöfe,
- Bewirtschaftung der Grünflächen und Spielplätze,
- Sportstättenbewirtschaftung und -förderung,
- Betrieb und Unterhaltung der Stadtbeleuchtung,
- Parkraumbewirtschaftung (Straßenrandparken, Parkhäuser und Parkplätze),
- Straßenunterhaltung, Beschilderung,
- Straßenreinigung, Winterdienst, Verkehrsleiteinrichtungen und
- Gebäudemanagement einschließlich Hochbau für städtische Gebäude.

Zusätzlich wurde im Jahr 2016 der Betrieb einer Gemeinschaftsunterkunft für die in der Stadt Eisenach unterzubringenden Flüchtlinge auf den Regiebetrieb übertragen.

Der Lagebericht zum Wirtschaftsjahr 2019 ergänzt den aufgestellten Jahresabschluss des Amtes für Infrastruktur und wurde auf der Grundlage des § 24 ThürEBV sowie § 289 Handelsgesetzbuch (HGB) erstellt.

Die erneut notwendige Einplanung einer Bedarfszuweisung des Landes zur Herstellung des Haushaltsausgleiches in Höhe von rund 10,1 Mio. € machte die Aufstellung eines genehmigungsfähigen Haushaltes für das Jahr 2019 möglich. Die Haushaltssatzung wurde am 21.05.2019 durch den Stadtrat beschlossen und mit Bescheid vom 09.10.2019 eine nicht rückzahlbare Bedarfszuweisung i.H.v. 6 Mio. € bewilligt. Die sich ergebende Deckungslücke von 4 Mio. € machte den Erlass einer Haushaltssperre erforderlich.

Der Regiebetrieb war in der Folge von einer Kürzung des Budgetansatzes in Höhe von 150 T€ betroffen.

Mit Schreiben des Thüringer Landesverwaltungsamtes vom 14.11.2019 erging schließlich die rechtsaufsichtliche Würdigung der Haushaltssatzung 2019. Mit der öffentlichen Bekanntmachung am 20.11.2019 trat diese rückwirkend zum 01. Januar 2019 in Kraft, damit auch der Wirtschaftsplan des optimierten Regiebetriebs als Bestandteil des Haushaltsplanes der Stadt Eisenach.

Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage des optimierten Regiebetriebes

1. Ertragslage

Im Wirtschaftsjahr 2019 beträgt der Jahresgewinn des Amtes für Infrastruktur rund 753 T€.

Positionen	2019		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	18.497	97,7	16.326	97,4	2.171	13,3
Andere aktivierte Eigenleistungen	16	0,1	1	0,0	15	1500,0
Übrige betriebliche Erträge	423	2,2	441	2,6	-18	-4,1
Betriebsleistung	18.936	100,0	16.768	100,0	2.168	12,9
Materialaufwand	11.332	59,8	11.264	67,2	68	0,6
Personalaufwand	6.048	31,9	5.781	34,5	267	4,6
Abschreibungen	378	2,0	383	2,3	-5	-1,3
Übrige betriebliche Aufwendungen	375	2,0	452	2,7	-77	-17,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2	0,0	0	0,0	2	-
Sonstige Steuern	19	0,1	18	0,1	1	-
Betriebsaufwendungen	18.154	95,8	17.898	106,8	256	1,4
Betriebsergebnis	782	4,2	-1.130	-6,8	1.912	-169,2
Finanzergebnis	59	0,3	25	0,1	34	-136,0
Geschäftsergebnis	841	4,5	-1.105	-6,7	1.946	176,1
Sondereinflüsse	-87	-0,5	109	0,7	-196	-179,8
Jahresergebnis	753	4,0	-995	-6,0	1748	175,7

Bei einer Betriebsleistung von 18.936 T€ und Aufwendungen von 18.154 T€ ergibt sich ein positives Betriebsergebnis von 782 T€. Nach Berücksichtigung des positiven Finanzergebnisses von 59 T€ und des negativen Ergebnisses aus Sondereinflüssen von 87 T€ schließt das Wirtschaftsjahr 2019 mit einem Gewinn von 753 T€ ab.

Mit dem Wirtschaftsjahr 2019 wurde die Spartenstruktur im Sinne einer verursachergerechteren Darstellung und nach organisatorischer Zusammenführung von Bauhof und Fuhrpark angepasst. Die Aufgabenbereiche Fuhrparkmanagement, Unterbringung von Flüchtlingen und Außendienste (Winterdienst, Straßenreinigung, Papierkorbentleerung und Verkehrsleiteinrichtungen) stellen ab dem Haushaltsjahr 2019 keine eigenständigen Sparten mehr dar.

Insoweit werden für die folgenden verbliebenen Sparten Gewinn- und Verlustrechnungen aufgestellt:

- Verkehrsflächen und –anlagen (ehemals Tiefbau zuzüglich bisherige Außendienste),
- Friedhof,
- Grünflächen,
- Bauhof inkl. Beleuchtung (samt bisheriges Fuhrparkmanagement),
- Parken,
- Gebäudemanagement inkl. Sportstätten und Hochbau (zuzüglich Unterbringung von Flüchtlingen) und
- Finanzanlagen.

Die Vergleichbarkeit mit den Spatenergebnissen des Vorjahres ist damit eingeschränkt.

Die nachfolgende Übersicht zeigt, wie sich das Jahresergebnis aus den Ergebnissen der einzelnen Sparten des Betriebes im Planvergleich zusammensetzt.

	Wirtschaftsplan 2019 T€	Ist-Ergebnis 2019 T€	Veränderung (Ist ./ Plan) T€
Verkehrsflächen/ -anlagen	0	-77	-77
Friedhof	-290	-205	85
Grünflächen	0	-57	-57
Bauhof	-255	28	283
Parken	477	467	-10
Gebäudemanagement	0	525	525
Finanzanlagen	68	71	3
Jahresergebnis	0	753	753

Erläuterungen zu den Planabweichungen der einzelnen Betriebszweige werden unter dem Punkt 3 – Weitere Angaben zur wirtschaftlichen Lage des optimierten Regiebetriebes – gegeben.

Auf das Betriebsergebnis haben sowohl positive als auch negative Sondereinflüsse eingewirkt.

Die Sondereinflüsse setzen sich wie folgt zusammen:

Positionen	2019 T€	Vorjahr T€
Erträge aus Auflösung von Wertberichtigungen	4	7
Mieteinnahmen Krematorien	24	24
Erträge aus Auflösung von Rückstellungen	0	61
Erträge aus Anlageabgängen	32	0
Periodenfremde Erträge	101	51
Summe Erträge aus Sondereinflüssen	161	143
Zuführung zur Rückstellung für noch nicht abgeschlossene Instandhaltung	161	0
Zuführung zu Wertberichtigungen auf Forderungen und Forderungsverluste	18	18
Periodenfremde Aufwendungen	69	16
Summe Aufwendungen aus Sondereinflüssen	248	34
Sondereinflüsse insgesamt	-87	109

Wie aus der voranstehenden Aufstellung ersichtlich, wirken sich Sondereinflüsse von insgesamt 87 T€ negativ auf das Betriebsergebnis aus. Wesentliche Positionen auf der Ertragsseite bilden Erträge aus Anlagenabgängen i.H.v. 32 T€ sowie periodenfremde Erträge i.H.v. 101 T€, die vor allem aus Guthaben der Betriebskostenabrechnungen für angemietete Objekte stammen.

Eine wesentliche Position auf der Aufwandsseite stellen die Zuführungen zu Rückstellungen für noch nicht abgeschlossene Instandhaltung i.H.v. 161 T€ dar. Es handelt sich hierbei um Instandhaltungsmaßnahmen die aufgrund interner und externer Einflüsse erst im Folgejahr abgeschlossen werden können. Die Zuführungen zu Wertberichtigungen auf Forderungen und Forderungsverluste resultieren überwiegend aus der anteiligen Wertberichtigung von offenen Rechnungen bezüglich des Sommergewinns des Jahres 2019.

Weiterhin haben sich periodenfremde Aufwendungen i.H.v. 69 T€ ergeben, die vorrangig Nachzahlungen aus Betriebskostenabrechnungen der Vorjahre betreffen.

1.1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse nach Betriebszweigen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Betriebszweig	2019	Vorjahr	Veränderung
	T€	T€	T€
Tiefbau	3.651	2.521	1.130
Friedhof	819	785	34
Grünflächen	1.575	1.335	240
Bauhof	2.498	1.862	636
Außendienste	0	735	-735
Parken	1.558	1.509	49
Gebäudemanagement	8.282	7.404	878
Fuhrparkmanagement	0	65	-65
Betriebsleitung	116	107	9
Insgesamt	18.497	16.321	2.176

Die Umsatzerlöse stiegen im Vorjahresvergleich um rund 2.176 T€. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf die Anpassung der Budgetzuweisung zurückzuführen.

1.2. Personalaufwand

Der Personalaufwand im Wirtschaftsjahr 2019 setzt sich wie folgt zusammen:

	2019	Vorjahr	Veränderung
	T€	T€	T€
Löhne und Gehälter	4.886	4.647	239
soziale Abgaben	1.162	1.134	28
Insgesamt	6.048	5.781	267

Die sozialen Abgaben gliedern sich dabei wie folgt auf:

	2019	Vorjahr	Veränderung
	T€	T€	T€
Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung	1.007	940	67
Rückstellung SV	-1	14	-15
Beiträge zur Zusatzversorgungskasse Thüringen (ZVK)	143	136	7
Berufsgenossenschaftsbeiträge	13	13	0
Beihilfeversicherung Beamte		31	-31
Insgesamt	1.162	1.134	28

Der Personalaufwand ist bei gesteigerter Mitarbeiterzahl gegenüber dem Vorjahr um 267 T€ auf 6.048 T€ gestiegen. Dabei sind vor allem die Lohn- und Gehaltsaufwendungen um 239 T€ auf 4.886 T€ gestiegen. Neben der höheren Mitarbeiterzahl resultiert dieser Anstieg aus Tarifsteigerungen und der Besoldungserhöhung für die Beamten.

Dass die Personalausgaben dennoch den Ansatz im Wirtschaftsplan 2019 von 6.417 T€ um 369 T€ (rund 6,1 %) unterschreiten, ist auf die Nichtbesetzung und auf die Verzögerungen bei der geplanten Nachbesetzung von Stellen bzw. der Erstbesetzung neu geschaffener Stellen, insbesondere für die Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflichten, zurückzuführen.

Entwicklung des durchschnittlichen Personalbestandes:

Personal	2019	Vorjahr	Veränderung
Beschäftigte	116,30	111,50	4,80
Beamte	5,00	4,25	0,75
Altersteilzeit	0,80	0,75	0,05
Summe Arbeitnehmer	122,10	116,50	5,60
Auszubildende	0,00	0,00	0,00
Insgesamt	122,10	116,50	5,60

Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl hat sich gegenüber dem Vorjahr um 5,60 Stellen (+ rund 4,8 %) erhöht. In 2019 sind zwei neue Altersteilzeitverträge geschlossen wurden. Auszubildende waren im Jahr 2019 nicht beschäftigt.

2. Angaben zur Vermögens- und Finanzlage

2.1. Vermögenslage

Innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag fällige Teilbeträge der Forderungen und Verbindlichkeiten werden dabei als kurzfristig behandelt, alle anderen – soweit nicht besonders vermerkt – als mittel- und langfristig.

Hinweis: Systembedingt ergeben sich geringfügige Rundungsdifferenzen.

	31.12.2019		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
VERMÖGEN						
Immaterielle Vermögensgegenstände	5	0,0	8	0,1	-3	-37,5
Sachanlagen	5.296	49,7	5.203	53,3	93	1,8
Finanzanlagen	1.011	9,5	1.011	10,4	0	0,0
	6.312	59,2	6.222	63,8	90	1,4
Bereinigtes Anlagevermögen	6.312	59,2	6.222	63,8	90	1,4
Vorräte	69	0,6	79	0,8	-10	-12,7
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	197	1,8	185	1,9	12	6,5
Forderungen an die Stadt Eisenach	3.956	37,1	3.046	31,2	910	29,9
Sonstige kurzfristige Posten	117	1,1	228	2,4	-111	-48,7
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	6	0,1	5	0,1	1	20,0
Kurzfristig gebundenes Vermögen	4.345	40,7	3.543	36,4	802	22,6
Vermögen insgesamt	10.658	100,0	9.766	100,0	892	9,1
KAPITAL						
Rücklagen	7.069	66,3	7.069	72,4	0	0,0
Verlust	-3.370	-31,6	-4.123	-42,2	753	-18,3
Eigenkapital	3.699	34,7	2.946	30,2	753	25,6
Bankdarlehen	671	6,3	751	7,7	-80	-10,7
Sonderposten Investitionszuschüsse	21	0,2	26	0,3	-5	-19,2
Rechnungsabgrenzung	2.950	27,7	2.650	27,1	300	11,3
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	3.642	34,2	3.427	35,1	215	6,3
Sonstige Rückstellungen	766	7,2	586	6,1	180	30,7
Kurzfristige Bankdarlehen	86	0,8	86	0,9	0	0,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	910	8,5	1.033	10,6	-123	-11,9
Verbindlichkeiten Stadt Eisenach	118	1,1	119	1,2	-1	-0,8
Sonstige Verbindlichkeiten	1.437	13,4	1.568	16,0	-131	-8,4
Kurzfristiges Fremdkapital	3.317	31,0	3.392	34,8	-75	-2,2
Kapital insgesamt	10.658	100,0	9.766	100,0	892	9,1

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr von 9.766 T€ um 892 T€ auf 10.658 T€ gestiegen.

- Auf der Aktivseite haben sich vor allem folgende Veränderungen ergeben: Das Sachanlagevermögen hat sich um 93 T€ auf 5.296 T€ erhöht. Das Umlaufvermögen ist insgesamt um 802 T€ gestiegen.
- Auf der Passivseite haben sich im Wesentlichen folgende Veränderungen ergeben: Das Eigenkapital hat sich infolge des Jahresgewinns um 753 T€ auf 3.699 T€ erhöht. Damit ergibt sich zum 31.12.2019 eine Eigenkapitalquote (EKQ) von 34,7 % (Vorjahr: 30,2 %).

Investitionen

Im Wirtschaftsjahr wurden Investitionen in einem Gesamtumfang von 468 T€ (ohne geringwertige Wirtschaftsgüter) getätigt.

Position des Anlagevermögens	T€
Entgeltlich erworbene Software	0
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	73
Betriebs- und Geschäftsausstattung	395
Anlagen im Bau	0
Endbestand	468

Die Position Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten beinhaltet im Wesentlichen die Herstellung zusätzlicher Grabstätten insbesondere der Urnengemeinschaftsanlagen.

Bei den Investitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung handelt es sich im Wesentlichen um notwendige Ersatzbeschaffungen im Fuhrpark sowie dringend erforderliche technische und sonstige Ausstattungen bzw. Ersatz für veraltete, sehr reparaturanfällige Technik in den übrigen Bereichen zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes. Insbesondere wurden fünf Parkscheinautomaten, die nicht mehr den technischen Anforderungen entsprachen, ausgetauscht.

Es zeigt sich deutlich, dass wie in den vergangenen Jahren, vor allem bedingt durch das späte Inkrafttreten der städtischen Haushalte und damit der Wirtschaftspläne, nur geringe Investitionen getätigt werden konnten, was zu einer Überalterung der mobilen Technik, zu überhöhten Reparaturkosten und Ausfallzeiten geführt hat. Finanziert wurden die Investitionen überwiegend aus den Abschreibungen und darüber hinaus aus dem vorhandenen Finanzmittelbestand.

Zum Schluss des Geschäftsjahres befinden sich keine Anlagen im Bau.

Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen

Das Eigenkapital hat sich wie folgt entwickelt:

Entwicklung	T€
Anfangsbestand	2.946
Jahresgewinn	753
Endbestand	3.699

Die sonstigen Rückstellungen stellen sich wie folgt dar:

Entwicklung	T€
Anfangsbestand	586
Zuführung	301
Auflösung	-1
Inanspruchnahme	-135
Verzinsung	14
Endbestand	766

2.2. Finanzlage

Zur Darstellung von Herkunft und Verwendung der Finanzmittel sowie zur Offenlegung der Entwicklung der finanziellen Lage während des abgelaufenen Geschäftsjahres wurde die nachstehende komprimierte Fassung der Kapitalflussrechnung herangezogen.

Positionen	2019 T€	Vorjahr T€
Jahresergebnis	+753	-995
Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	+378	+384
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	+180	+36
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) / Erträge (-)	-5	-5
Gewinn (-) / Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-32	0
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	+1.315	-180
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-1.112	+1.412
Mittelzufluss / -abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	1.477	652
Auszahlungen für Investitionen des Anlagevermögens (-)	-468	-248
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens (+)	+32	+0
Mittelzufluss / -abfluss aus der Investitionstätigkeit	-436	-248
Tilgung von Darlehen	-80	-82
Mittelzufluss / -abfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-80	-82
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	+961	+322
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	2.633	2.311
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	3.594	2.633

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

Positionen	2019	Vorjahr	Veränderung
	T€	T€	T€
Forderungen gegen die Stadt Eisenach aus dem Kontenclearing	3.588	2.628	960
Kassenbestand	6	5	1
Insgesamt	3.594	2.633	961

Die Liquidität war durch die vorhandenen flüssigen Mittel und die genehmigte Kreditlinie der Wartburg-Sparkasse von 1 Mio. € grundsätzlich gesichert, wobei die Inanspruchnahme der Kreditlinie nicht erfolgte.

Die vorhandenen Guthaben wurden wie in den Vorjahren im Rahmen eines automatischen Cash-Management-Systems der Stadtverwaltung Eisenach zur Verfügung gestellt. Die Verzinsung erfolgt grundsätzlich auf der Basis des 1-Monats-Euribors. Da der 1-Monats-Euribor jedoch über den gesamten Berichtszeitraum negativ war, ist eine Verzinsung tatsächlich nicht erfolgt.

3. Weitere Angaben zur wirtschaftlichen Lage des optimierten Regiebetriebes

Der optimierte Regiebetrieb wird für die ihm übertragenen Aufgaben mit Ausnahme des Bestattungswesens und der Parkraumbewirtschaftung vornehmlich durch Budgetzahlungen der Stadt Eisenach finanziert. Seit seiner Gründung im Jahre 2008 haben die aufgestellten Erfolgspläne auf Basis des je nach Haushaltslage der Kernverwaltung zur Verfügung stehenden Budgets in jedem Wirtschaftsjahr einen planmäßigen Verlust vorgesehen. Folglich führten die Jahresfehlbeträge durch die bilanzielle Verrechnung mit der Allgemeinen Rücklage zu einer stetigen Verschlechterung der finanziellen Situation des Regiebetriebes.

Im Zuge der Haushaltsplanung 2019 erfolgte erstmalig eine Budgetaufstockung in einer Größenordnung, wie sie zur vollständigen Kostendeckung in den einzelnen budgetfinanzierten Bereichen planungsseitig notwendig erschien (um 2 Mio. € auf 15.405 T€). Trotz einzuplanender Kostenaufwüchse in signifikanter Höhe (Tarifsteigerungen für das eigene Personal mit 728 T€, Hausmeisterdienste mit 120 T€, Aufwendungen für Strom, Heizung und Wasser/Abwasser mit insgesamt 131 T€, zusätzliche Reinigungskosten aufgrund der neuen, zum 01.01.2019 in Kraft getretenen Straßenreinigungsgebührensatzung der Stadt Eisenach mit 100 T€ u.a.), sieht der Erfolgsplan 2019 erstmalig ein in Erträgen und Aufwendungen ausgeglichenes Ergebnis vor.

Der Stadtrat hat mit dem Beschluss über eine Haushaltssperre den anteiligen Budgetansatz von 150 T€ für die Anmietung eines Verwaltungsgebäudes in der Thälmannstraße für das mit der Rückkreisung an den Wartburgkreis übergehende Personal gekürzt. Der Beschluss über die Aufhebung sollte nach Klärung der Kostenbeteiligung des Wartburgkreises ergehen. Im Verlauf des Wirtschaftsjahres 2019 sind keinerlei Entscheidungen hinsichtlich Anmietung getroffen worden, so dass auch keine diesbezüglichen Aufwendungen entstanden.

Bis zur Bekanntmachung der Haushaltssatzung im November galt es, nach den Regeln der vorläufigen Haushaltsführung zu wirtschaften. Daraus resultieren im Aufwandsbereich zwangsläufig Unterschreitungen der Planansätze, da Aufträge nicht mehr rechtzeitig erteilt und / oder abgearbeitet werden können. Neben den bereits unter 1.2 aufgeführten Minderausgaben beim Personalaufwand beeinflussten die im Folgenden näher erläuterten Planabweichungen in den einzelnen Sparten das Jahresergebnis positiv. Die Gewinn- und Verlustrechnung 2019 des optimierten Regiebetriebes schließt mit einem Gewinn von 753 T€ ab.

Die mit 868,5 T€ geplante Betriebskostenumlage fällt insbesondere durch die finanziell eingeplanten, jedoch nicht besetzten Stellen für Projektmanagement und Administration diverser Fachsoftware sowie eingeplante, durch die Kernverwaltung jedoch nicht abgerechnete IT-Kosten deutlich geringer aus (661,8 T€), so dass die einzelnen Sparten mit jeweils weniger Gemeinkosten belastet werden.

3.1. Verkehrsflächen und -anlagen

Zur Bündelung aller inhaltlich zugehörigen Ertrags- bzw. Aufwandspositionen schließt die neue Sparte Verkehrsflächen und -anlagen (ehemals Tiefbau) ab dem Wirtschaftsjahr 2019 auch den aufgelösten Aufgabenbereich „Außendienste“ - Papierkorbentleerung, Verkehrsleiteinrichtungen, Winterdienst und Straßenreinigung - sowie die Unterhaltung der zugehörigen Bäume ein.

Das für diese Leistungen kostendeckend geplante Budget mit 3.647 T€ reichte im Haushaltsvollzug nicht aus, so dass ein Defizit von 77 T€ entstand.

Maßgeblich hierfür ist zum einen die Überschreitung der geplanten Mittel für Unterhaltungsmaßnahmen um 207 T€ durch aus Verkehrssicherungsgründen und Auflagen der Umweltbehörde vorzunehmende bauliche Maßnahmen und grünpflegerische Arbeiten im Gewässerbereich sowie eine Vielzahl notwendiger Gehwegreparaturen im gesamten Stadtgebiet zur Beseitigung von Unfallgefahren. Hier sind nach Aufgrabung teilweise deutlich größere Schäden festgestellt worden.

Zum anderen entstand nachdem in 2019 erstmalig die vorgeschriebenen Baumkontrollen personell sichergestellt waren sowie durch Unwetterschäden ein so nicht geplanter massiver Kostenaufwuchs für die Baumpflege von insgesamt 92 T€ für Fremddienst- und Eigenleistungen.

Kompensierend wirkten sich die Einsparungen für den witterungsbedingt nur in geringem Umfang erforderlichen Winterdienst von insgesamt 178 T€ einschließlich Material aus.

3.2. Friedhof

Im November 2018 wurde nach Neukalkulation der Friedhofsgebühren eine neue Satzung in den Stadtrat eingebracht. Die im Januar 2019 vorgesehene Beschlussfassung blieb aus, da die Gebührenerhöhungen politisch nicht mitgetragen wurden.

Die Planung basierte folglich auf dem Fortgelten der Gebührensätze. Bei leicht gesunkener Anzahl an Bestattungen gegenüber dem Vorjahr (-12 Bestattungen) fällt der Verlust des Friedhofbetriebs 2019 mit 205 T€ dennoch geringer als geplant (-289,6 T€) aus. Ursächlich sind neben der geringeren Betriebskostenumlage die personell bedingte Verschiebung eingeplanter baulicher und sonstiger Vorhaben, wie u.a. Um- und Ausbau des ehemaligen Krematoriums, Planung Kapellensanierung und Beauftragung der Friedhofsentwicklungsplanung sowie die bis Juni 2019 nur stundenweise Wiederbesetzung der seit 2014 vakanten Stelle der Sachgebietsleitung.

3.3. Grünflächen

Für die Unterhaltung und Pflege der städtischen Grünanlagen und Spielplätze einschließlich des zugehörigen Baumbestandes entstand trotz kostendeckender Budgetplanung ein Defizit von 57 T€.

Nicht geplant waren die Kosten für die entsprechenden Anliegerpflichten (51 T€), deren Wahrnehmung nach Änderung der Straßenreinigungssatzung durch die eigenen Mitarbeiter nicht mehr leistbar war.

Darüber hinaus wirkten sich insbesondere die Reparaturarbeiten im Zusammenhang mit der nicht geplanten Sanierung des Prinzenteiches inklusive Stützwand und Stauanlage mit 78 T€ und die deutlich über dem geplanten Baumpflegeaufwand entstandenen Kosten (+56 T€) ergebnisverschlechternd aus.

Mit einem künftig weiteren Anstieg der Aufwendungen für die Unterhaltung des Baumbestandes ist nach der Einstellung von zwei Baumkontrolleuren in 2019 und der daraus resultierenden turnusmäßigen Baumkontrolle zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit zu rechnen.

Wie im Vorjahr erhielt der Regiebetrieb eine Zuwendung vom Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie i.H.v. 5,5 T€ für die Erarbeitung einer gartenhistorischen Analyse- und Zielstellung für das Kulturdenkmal „Kartausgarten“ als Grundlage künftiger Maßnahmen.

Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten eine Abschlagszahlung für das beauftragte Konzept zur Optimierung der Grünflächenpflege in Höhe von 38 T€. Die Fertigstellung verzögerte sich, so dass das Gutachten erst in 2020 vorgelegt und dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben werden konnte.

3.4. Bauhof / Straßenbeleuchtung

Diese Struktureinheit bildet die Eigenleistungen in der Unterhaltung der Straßen, Wege, Plätze etc. einschließlich Beschilderung, die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Straßenbeleuchtung sowie nach Auflösung der Organisationseinheit Fuhrpark zum 01.01.2019 die Bewirtschaftung der vom Bauhof genutzten Fahrzeuge und des städtischen PKW-Pools ab. Erweitert wurde der Bauhof zudem um die Werkstatt des bisherigen Fuhrparks einschließlich der Mitarbeiter.

Im Vergleich zur Planung (-255 T€) zeigt sich eine Ergebnisverbesserung um 283 T€. Mehrerträge aus der Bereitstellung von Stromanschlüssen und der Beseitigung von Unfallschäden (insgesamt + 13 T€), aus unterstützenden Arbeiten bei der Durchführung der Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen (+ 9 T€) und innerbetrieblichen Leistungen, wie Reinigung der Straßeneinläufe und Elektroinstallationen in städtischen Gebäuden von (+49 T€) führten neben deutlichen Minderausgaben beim Personalaufwand (- 141 T€) sowie beim Materialaufwand (- 44 T€) und bei den bezogenen Leistungen (- 30 T€) zu einem Überschuss von 28 T€.

Die verminderten Personalkosten sind auf eine ganzjährig unbesetzte Stelle und zwei Langzeiterkrankungen ohne Nachbesetzung zurückzuführen.

Insbesondere der dem Personaldefizit geschuldete geringere Materialeinsatz für Straßenreparaturen (-46 T€) und ein geringer Umfang an Markierungsarbeiten (-32 T€) begründen die genannten Einsparungen.

Nach erneuter Ausschreibung des Strombezugs für die Stadtbeleuchtung sind gegenüber der Planung Mehrkosten für Elektroenergie von 51 T€ zu verzeichnen. Der Verteuerung wird über eine nachhaltige Reduzierung der Verbräuche durch die aus Mitteln des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes zu 100 % geförderte umfangreiche Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik gegengesteuert. Bis

Ende 2022 ist der sukzessive Austausch von rund 2.600 Leuchten in Eigenleistung vorgesehen. Darüber hinaus werden 1.200 Lampen aus Eigenmitteln umgerüstet.

3.5. Parken

In der Sparte Parken werden das Straßenrandparken als hoheitlicher Bereich und der gewerbliche Bereich aus Bewirtschaftung der beiden gepachteten Parkhäuser sowie der als Parkplätze genutzten Freiflächen zusammengefasst.

Die Spartenrechnung ergibt im Gesamtergebnis nach Ausgleich der Verluste in den beiden Parkhäusern einen Überschuss von 468 T€ (Vorjahr 469 T€).

Die nachfolgende Übersicht zeigt die geplanten und zum 31.12.2019 tatsächlich erreichten Ergebnisse der einzelnen Objekte.

Objekt	Ergebnis (T€)		
	Plan	Ist	Abweichung
City-Parkhaus	-174	-152	22
Parkhaus Am Markt	-180	-133	47
Freiflächen	78	75	-3
Straßenrandparken	752	678	-74
Insgesamt	476	468	-8

Während in den letzten Jahren der kumulierte Einnahmeüberschuss neben der Deckung der Fehlbeträge des Friedhofs auch die der unterfinanzierten Budgetbereiche ausgleichen musste, konnte dieser in 2019 einen Jahresgewinn generieren.

Insgesamt konnten 99 % der geplanten Umsätze (1.574 T€) auch erzielt werden. Ergebnisverbessernd, die Parkhäuser betreffend, wirkten sich im Wesentlichen die geringer ausgefallenen Gemeinkosten (-51 T€) und die Mehrerträge für das Parkhaus Am Markt (+15 T€) aus.

Um den sich tendenziell nicht verringern den Verlusten der Parkhäuser entgegenzuwirken, hatte der Regiebetrieb bereits Anfang 2017 dem Stadtrat eine Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung zur Entscheidung vorgelegt. Die Beschlussfassung steht nach mehrfacher Vertagung, nicht zuletzt wegen einer Abstimmung mit dem Betreiber eines privaten im Dezember 2020 in Betrieb genommenen Parkhauses bis dato immer noch aus.

Für das Straßenrandparken entstanden Mindererträge in Höhe von 43 T€, die in Verbindung mit Mehraufwand für die Reparatur der Parkscheinautomaten, gestiegenen Kosten für die Bargeldabwicklung und dem nicht geplanten Aufwand für die durch eine Fremdfirma vorgenommene Tarifumstellung der Automaten zum 01.01.2020 zu einem verminderten Überschuss führten.

3.6. Gebäudemanagement

Die Abteilung ist zuständig für die Unterhaltung und den Betrieb der städtischen Immobilien einschließlich Sporteinrichtungen und zwei angemieteten Parkhäusern sowie die Bewirtschaftung der als Parkplätze genutzten Freiflächen. In die nachfolgenden Betrachtungen fließen der Betrieb der Parkhäuser sowie die Bewirtschaftung der Parkplätze nicht mit ein, da diese in die Sparte Parken inkludiert sind. In 2019 wurde hingegen die Bewirtschaftung der Gemeinschaftsunterkunft im Auftrag des Sozialamtes in die Spartenstellung integriert.

Erstmals konnte dieser regelmäßig verlustige Aufgabenbereich durch die Budgeterhöhung von 977 T€ trotz der oben aufgeführten Kostensteigerungen in Erträgen und Aufwendungen ausgeglichen geplant werden.

Entlastend wirkte bereits bei der Planung die Reduzierung der Miete für das Verwaltungsgebäude Markt 2 durch eine Anpassung des Mietvertrages um 260 T€.

Diverse Minderaufwendungen entstanden beim Aufwand für bezogene Leistungen im Wesentlichen durch die nahezu ganzjährig geltende vorläufige Haushaltsführung (-254 T€). Durch diese Verzögerungen fiel der Umfang hochbaulicher Unterhaltungsmaßnahmen geringer aus (-107 T€). Zum anderen war die Inanspruchnahme von Hausmeisterdiensten nicht in geplanter Höhe, auch bedingt durch den noch nicht erfolgten Auszug der an den Wartburgkreis übergehenden Mitarbeiter, notwendig (-115 T€).

Die Einsparungen beim Materialaufwand (-163 T€) sind überwiegend durch witterungsbedingte Heizkosteneinsparungen (-99 T€) begründet.

Auch der periodenfremde Ertrag aus Betriebskostenguthaben bzw. Nachzahlungen von Mietern (+87 T€) führten am Jahresende zu einem Budgetüberschuss von 526 T€. Die verminderte Betriebskostenumlage fällt mit -89 T€ ins Gewicht.

Mehrkosten entstanden dagegen für notwendige Baumfällungen (+52 T€), für die Wahrnehmung der Anliegerpflichten durch Fremdfirmen (+29 T€) und für notwendige, aber ungeplante Raumluft- und Baugrunduntersuchungen (+11 T€) sowie für Reinigungsleistungen (+72 T€) im Zuge einer Neuausschreibung. Auf Grund von Schlechtleistungen in der Vergangenheit ist erstmalig bei der Angebotsbewertung eine höhere Gewichtung der Qualität der Leistung vorgenommen worden.

Die Haushaltssperre über 150 T€ Budget wirkte dabei ergebnisneutral, da die korrespondierenden und in gleicher Höhe eingeplanten Kosten für die Anmietung eines zusätzlichen Verwaltungsgebäudes nicht angefallen sind.

3.7. Finanzanlagen

Wie die Überschüsse beim Parken trägt die Gewinnausschüttung der Kommunalen Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG für die KEBT-Aktien in Höhe von 85 T€ nach Abzug der Zinsen aus der damaligen Aktienfinanzierung (11 T€) zum Jahresgewinn bei.

Nach einer Umschuldung gelang eine signifikante Reduzierung des Zinsaufwandes. Ab 2020 wird somit die Dividende in nahezu voller Höhe als Finanzierungsbeitrag für den Regiebetrieb zur Verfügung stehen.

4. Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Mit der Bündelung der bisherigen gewerblichen Aufgaben (Betriebe gewerblicher Art) der Stadt Eisenach im optimierten Regiebetrieb wurden die Möglichkeiten der Generierung neuer Synergieeffekte geschaffen, worin die Betriebsleitung die Chancen der weiteren Entwicklung sieht. Die wirtschaftliche Betätigung wird sich durch die Neuregelung des § 2b Umsatzsteuergesetz in Folge der Verschiebung durch das Zweite Corona-Steuerhilfegesetz erst ab 2023 ausweiten, sodass auch diesbezüglich entsprechende Wirtschaftlichkeitsberechnungen erforderlich werden.

Problematisch bleibt auch weiterhin der bauliche Zustand der zu betreuenden Infrastruktur, insbesondere der Straßen, Brücken, Turnhallen und eines großen Teils der sonstigen städtischen Gebäude. Für eine planmäßige Unterhaltung im Hoch- und Tiefbaubereich wären jährlich, berechnet nach anerkannten Maßstäben der Branche, etwa 4,3 Mio. € notwendig. Der tatsächliche Unterhaltungsaufwand in 2019 mit insgesamt 2,2 Mio. € zeigt den Instandhaltungsstau sehr deutlich. Dadurch besteht jederzeit die Gefahr von Bauwerksschließungen, weiteren Brückensperrungen als auch die Gefahr diversen Verkehrssicherungspflichten nicht nachkommen zu können.

Unabhängig davon verursacht die mangelnde Finanzierbarkeit von investiven Maßnahmen über den städtischen Vermögenshaushalt einen beträchtlichen Investitionsstau, der in der Folge zu stetig wachsendem Reparaturaufwand und steigenden Bewirtschaftungskosten führt.

Mit dem Gesetz zur freiwilligen Neugliederung des Landkreises Wartburgkreis und der kreisfreien Stadt Eisenach vom 16.10.2019 hat der Thüringer Landtag die Rückkreisung Eisenachs in den Wartburgkreis zum 01.01.2022 beschlossen, um die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt zudem über Fusionshilfen von insgesamt 16,5 Mio. € über einen Zeitraum von 2022 bis 2026 wieder sicher zu stellen. Über eine zusätzliche einmalige Zuweisung von 6 Mio. € sollen sowohl die Fehlbeträge der Kernverwaltung nach § 23 Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung als auch die Verlustvorträge des optimierten Regiebetriebes ausgeglichen werden.

Nachdem die Kernverwaltung in den letzten Jahren sukzessiv Sollfehlbeträge abgebaut hat, besteht für den Regiebetrieb die Chance auf einen vollumfänglichen Ausgleich der kumulierten Verlustvorträge (4,1 Mio €).

Damit würde sich die wirtschaftliche Situation grundlegend verbessern und der stetigen Abnahme des Eigenkapitals des oRB entgegengewirkt.

Ob die gewünschten finanziellen Effekte der Fusion für die Stadt Eisenach mittel- und langfristig eintreten werden, bleibt abzuwarten. Der Gesetzgeber hat zur Prüfung und Überwachung der finanziellen Entwicklung die Bildung eines Umsetzungsbeirates für den Zeitraum 2024 bis 2032 festgeschrieben.

Die Fusion von Stadt und Landkreis erfordert in 2021 nach Auszug der an den Landkreis übergehenden Mitarbeiter umfangreiche Umzüge zur Bündelung der verbleibenden städtischen Mitarbeiter in den Verwaltungsgebäuden. Im Vorfeld müssen die ausgebliebenen Sanierungsmaßnahmen in diesen Gebäuden dringend nachgeholt werden. Die auf die Stadt als Mieter entfallenden Sonderaufwendungen sind vollständig über eine gesonderte Budgetzuweisung zu decken.

Darüber hinaus ergeben sich durch frei werdende Bürokapazitäten auch Möglichkeiten der Unterbringung von Verwaltungspersonal des Regiebetriebes und damit Standortfragen. Für den Hauptsitz des Regiebetriebes mit den Mitarbeitern der Grünpflege und Beleuchtung sowie den Außenbereich des Bauhofes wird ein gemeinsamer Standort angestrebt, um Synergien zu nutzen. Hierfür ist in 2021 ein Konzept zu entwickeln, das möglichst einen Weg zur Aufgabe und anschließenden Vermarktung eines Standortes aufzeigt. Die voraussichtlich erforderliche Errichtung eines neuen Verwaltungsgebäudes für den Regiebetrieb mit einer ersten Grobkostenschätzung von etwa 5 Mio. € ist aus Eigenmitteln nicht finanzierbar, sondern bedarf eines Baukostenzuschusses aus dem Kernhaushalt.

Risiken in der weiteren Entwicklung werden neben den Auswirkungen der Pandemie, in der entstandenen Konkurrenzsituation durch die Eröffnung eines privat betriebenen Parkhauses im Dezember 2020 gesehen, zumal coronabedingt bereits jetzt erhebliche Ertragsausfälle in der Sparte Parken zu verzeichnen sind. Darüber hinaus machen sich ertragsseitig bemerkbar die 2020 nicht stattgefundenen und auch weiterhin ausbleibenden Veranstaltungen, ausgesetzte Sondernutzungen, die geringe Nutzung der Friedhofskapelle u.v.m.

Die eingeschränkte Arbeitsfähigkeit und der eingerichtete Schichtdienst führten in 2020 und führen auch weiterhin zu Einschnitten in der Aufgabenerledigung. Dies hatte auch Auswirkungen auf den Umfang von Auftragsvergaben, so dass auch Leistungen von Fremdfirmen, z.B. in der Straßenunterhaltung, in weit geringerem Umfang als geplant anfielen und folglich zu Minderausgaben führten. Einsparungen entstanden darüber hinaus aus der Schließung städtischer Einrichtungen.

Über eine Sonderbudgetzuweisung aus dem städtischen Haushalt in Höhe von 160 T€ konnten alle bis 30.11.2020 angefallenen Mehraufwendungen für die Corona-Schutzmaßnahmen (Arbeitsschutz, Material zusätzliche Reinigung und Wachdienste) abgedeckt werden. Die entsprechenden Aufwendungen Dezember 2020 bis zum Pandemieende betreffend soll gleichermaßen verfahren werden.

Neben dem anstehenden Rückkreisungsprozess soll mit Unterstützung des Beratungsunternehmens „Partnerschaften Deutschland“ (PD), gefördert durch das Bundesministerium für Finanzen, das Projekt „Digitale und klimagerechte Transformation der Stadt Eisenach“ umgesetzt werden. Dabei geht es vorwiegend um Standortentwicklung, Wirtschaftsförderung, Armutsprävention, Verkehrsentwicklung, Schulnetz, Kulturkonzept. Langfristiges Ziele dabei sind eine bessere strategische Steuerung der dann „Großen Kreisstadt“ sowie die Stärkung der Investitionsfähigkeit. Hierzu sind verschiedene Arbeitsgruppen gebildet worden.

5. Voraussichtliche Entwicklung des optimierten Regiebetriebes

Zur weiteren Optimierung der Aufgabenerfüllung der Stadt Eisenach ließ der Freistaat Thüringen im Jahr 2014 durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ein Gutachten erstellen, in dem auch die Arbeitsweise des optimierten Regiebetriebes analysiert wurde. Nach Prüfung der Ansätze und Empfehlungen der KPMG, die zum Teil in das städtische Haushaltskonsolidierungskonzept (HSK) eingeflossen waren, auf deren praktische Umsetzbarkeit wurden realisierbare Maßnahmen inzwischen vollständig oder teilweise umgesetzt.

So fusionierten die Sachgebiete Bauhof und Fuhrpark zu einer Organisationseinheit mit entsprechender Einsparung einer Stelle und zwecks Reduzierung des Kommunaltechnikbestandes wurden gezielt weitere Aufgaben an Dienstleister (z.B. Anliegerpflichten aller städtischen Liegenschaften und Grünanlagen) vergeben. In der Bewirtschaftung befindliche Wohnungen bzw. leerstehende Immobilien sind größtenteils bereits veräußert oder werden fortwährend diesbezüglich neu betrachtet.

Gemäß der Empfehlungen erfolgten in den letzten Jahren teilweise keine oder nur sehr zeitverzögerte Wiederbesetzungen von Stellen ausgeschiedener Mitarbeiter. Diese stetige Verminderung des Personalbestandes hat letztlich zu Engpässen in der Aufgabenerfüllung geführt, da die Vergabe von Leistungen an Fremdfirmen wegen beschränkter Ressourcen auf dem freien Markt, aber auch wegen mangelnder Qualität in der Ausführung, zunehmend schwerer wurde.

Weitere Optimierungsmöglichkeiten, auch im Arbeitsablauf, werden im Rahmen der personellen und materiellen Ressourcen laufend überprüft und gegebenenfalls umgesetzt. Die Steuerung und Koordinierung erfolgte seit 2018 durch die Stelle der Assistenz der Amtsleitung, die allerdings seit Februar 2020 wieder unbesetzt ist.

Zudem beschloss der Stadtrat am 21.05.2019 in Zusammenhang mit dem Haushalt 2019 eine weitere Konsolidierungsvorgabe für den Regiebetrieb, die in die damalige 6. Fortschreibung des HSK aufgenommen wurde. Die Forderung zielt auf eine weitere jährliche Einsparung von einer Mio. € gegenüber dem Planjahr 2019 durch Zentralisierung, Digitalisierung, Optimierung von Arbeitsabläufen, Reorganisation, Aufgabenkritik und Arbeitseffizienz ab. Hierzu angestellte Betrachtungen, insbesondere der Strukturen und der Arbeits- und Verfahrensabläufe sowie umfangreiche Gespräche und Aufgabenkritik auf allen Mitarbeitererebenen haben weitere Prüfansätze ergeben, die allerdings nur langfristig Effekte generieren können. Gerade die Implementierung von neuen Prozessen, insbesondere die Digitalisierung, geht zunächst mit zusätzlichem Aufwand für Personal und Investitionen einher. Die Pandemiesituation in 2020 hat jedoch angelaufene Projekte, Detailprüfungen und begonnene Maßnahmen weitestgehend zum Erliegen gebracht.

In 2021 sind diese Themen weiterzuverfolgen. So werden u. a. mit der aktuellen Einrichtung von Schnittstellen der Friedhofssoftware sowie dem Entgeltabrechnungsprogramm zur neuen Buchhaltungssoftware Buchungsabläufe automatisiert.

Des Weiteren gilt es zur Verbesserung der Ertragssituation, den Leistungskatalog des Regiebetriebes weiter auszubauen, Verrechnungspreise zu aktualisieren sowie kostendeckende Mieten zu kalkulieren.

Von der Aufgabenzuweisung zurück an den Landkreis ist der Regiebetrieb nur mittelbar betroffen. Durch die Rückübertragung von drei Berufsschulstandorten und einem Förderschulzentrum verringert sich der zu bewirtschaftende Gebäudebestand, so auch um zwei Gebäudekomplexe mit einem enormen Sanierungsstau. Dies und die darüber hinaus abzugebende Zuständigkeit für die Flüchtlingsunterbringung und das Jugendwohnheim werden zu einem anteiligen Stellenabbau in den Organisationseinheiten Gebäudeverwaltung und Hochbau führen.

Nachdem die Wirtschaftsjahre 2019 und 2020 mit kostendeckenden Zuweisungen in allen budgetfinanzierten Bereichen geplant werden konnten, zwingt die aktuell prekäre Haushaltssituation der Stadt mit einem weit über einer zu erwartenden Bedarfszuweisung liegenden Fehlbetrag im Haushaltsplanentwurf 2021 erneut zu einem Kurswechsel. Von den vorzunehmenden Kürzungen der Planansätze sind auch die Budgetzahlungen betroffen, die trotz der bekannten Teuerungen und Tarifsteigerungen auf Vorjahresniveau eingefroren werden sollen.

Nachdem auch das Wirtschaftsjahr 2020, allerdings rein pandemiebedingt, mit einem Überschuss abschließen wird, ist nach aktuellem Planungsstand in 2021 nunmehr erneut mit einem Fehlbetrag zu rechnen.

6. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Der Regiebetrieb unterliegt dem Ausfallrisiko. Dieses Risiko kann eintreten, wenn ein Geschäftspartner seinen Verpflichtungen im Rahmen eines Finanzinstruments oder Kundenrahmenvertrags nicht bzw. nicht umfassend nachkommt und dies zu einem finanziellen Verlust führt. Der Regiebetrieb ist im Rahmen seiner operativen Geschäftstätigkeit Kreditrisiken (insbesondere ergeben sich Risiken aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Darlehen) ausgesetzt.

Ausstehende Forderungen gegenüber Kunden werden regelmäßig überwacht und etwaige überfällige Zahlungen umgehend angemahnt.

Der Wertberichtigungsbedarf wird zu jedem Berichtsstichtag für die wesentlichen Kunden auf Einzelbasis analysiert.

Ein Ausfallrisiko aus Guthaben bei Banken und Finanzinstituten besteht aufgrund der Einbeziehung in das zentrale Cash-Management der Stadt Eisenach nicht.

Der Regiebetrieb überwacht das Risiko eines etwaigen Liquiditätsengpasses mittels Liquiditätsplanung.

Aus den Darlehen bestehen Verbindlichkeiten in Höhe von 342 T€ mit einer Restlaufzeit von über fünf Jahren. Die beiden bestehenden Kreditverbindlichkeiten konnten im Februar und Juni 2019 zu einem jeweils wesentlich günstigeren Zinssatz umgeschuldet werden. So belaufen sich der Zinssatz bei der Thüringer Aufbaubank nunmehr nur noch auf 0,461 % (vorher 3,78 %) und der Zinssatz bei der Commerzbank auf 0,085 % (vorher 3,673 %). Durch die erfolgten Umschuldungen konnte bei beiden Kreditverbindlichkeiten eine langfristige Zinsbindung bis zum Ende der Darlehenslaufzeiten (in 2028/2029) gesichert werden.

Alle sonstigen Verbindlichkeiten haben i. d. R. eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Eisenach, im Februar 2021

Katja Wolf
Oberbürgermeisterin